

Stiftertag am 28.09.2012

## **Einführungsvortrag: Zum Verhältnis von Staat, Stadt und Stiftungen**

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Stifterinitiative,

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

um es gleich vorneweg zu sagen: Ich werde heute vormittag keinen staatsrechtstheoretischen Vortrag über das Verhältnis zwischen den drei genannten Institutionen halten, nein, ich möchte ganz konkrete Gedanken zu der Frage äußern, wer in unserem Land und speziell in unserer Stadt mit welchen Mitteln dazu beitragen kann, erkannte, vorhandene Defizite zu überwinden und neue Perspektiven für eine größtmögliche Zahl an Menschen zu erreichen.

Zum Einstieg hierzu durchaus provozierend ein Zitat von Laurence Summers, aktuell Harvard-Professor, früher Weltbank-Chefökonom und US-Finanzminister, der vor einigen Wochen in einem Essay für die Financial Times Deutschland gesagt hat:

„Wer mit Vernunft auf die Verantwortung des Staates blickt, sieht: Die Vergrößerung der Ungleichheit erfordert mehr staatliche Eingriffe, nicht weniger.“

Das ist eine Aussage, die selbstredend zu verschiedenen Arten von Diskussionen führt, je nach Position und Fragestellung – immer vorweggenommen, man nimmt als Voraussetzung an, dass man der Ausgangsthese der Vergrößerung von Missständen oder, ich würde in Ergänzung sagen, zumindest Defiziten in unseren westlichen Gesellschaften zustimmt. Dann gibt es folgende Fragen, wenn man diese Aussage weiterdenken will:

Gibt es die Bereitschaft in unserem Land, diese von Summers formulierte notwendige Ausweitung staatlicher Eingriffe verbunden mit dem erweiterten Einsatz von staatlichen Finanzmitteln mitzutragen ? Dies wiederum verbunden mit der Notwendigkeit der Anhebung von Steuern auf Einkommen und Vermögen ?

Die aktuellen Diskussionen zu Steuererhöhungen generell, speziell zur sog. Reichensteuer oder auch zur einmaligen Vermögensabgabe zeigen, dass es diese Bereitschaft in Teilen der Gesellschaft ohne Zweifel gibt – insbesondere nach den neuen Zahlen zur Entwicklung der Einkommensverteilung. Dieser Konsens besteht jedoch nicht unbedingt auf breiter Ebene in unserer Gesellschaft. D.h. eine solche müsste dann über eine herzustellende Mehrheit in den Parlamenten durchgesetzt werden.

Argumente dafür gibt es viele. Die Zahlen der Staatstätigkeit im Zeitvergleich und im Quervergleich mit anderen Ländern ergeben aktuell keine zu hohe Staatstätigkeit – wir liegen bei den Staatsausgaben pro Kopf im Mittelfeld der Industriestaaten, skandinavische Länder, aber auch Österreich, Frankreich oder Luxemburg haben Staatsquoten, die zum Teil deutlich höher liegen als bei uns, übrigens Länder, die wirtschaftlich erfolgreich sind. Unsere Staatsquote liegt aktuell bei 45,6 %. Wir könnten also theoretisch die Staatsquote, d.h. den Anteil der staatlichen Aktivitäten am Bruttosozialprodukt auf bis zu 50 % steigern – das wären 1.285 Mrd. € - und damit die gesellschaftlichen Herausforderungen angehen. Dies würde bedeuten, wir würden die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen um ca. 115 Mrd. € pro Jahr anheben durch die Erhöhung von Einkommens-, Unternehmens- und Vermögenssteuern. Aber würde das akzeptiert werden und würde es erfolgreich sein ? Ich glaube nicht wirklich.  
Warum ?

1. Die bereits vorhandene, reale und gefühlte Belastung der Steuerzahler, insbesondere der Besserverdienenden, denn auch da muss man gerecht sein, nach einer DIW-Studie von 2008 wird ca. 50 % des Einkommenssteueraufkommens vom oberen Zehntel der Einkommensbezieher erbracht. Man könnte jetzt sagen, nach den neuesten Zahlen haben die trotzdem ihren Anteil am Vermögen gesteigert, also können sie noch etwas drauflegen. Aber das würde wohl nicht ganz ohne Widerstände gehen. Und ein zu hoher „Zwangsbeitrag“ der Besserverdienenden und Vermögenden würde unweigerlich Demotivation bis hin zu Leistungsverweigerungstendenzen hervorrufen, aber auch das Thema Steuerflucht und

Steuerhinterziehung wieder attraktiver machen. Wir würden als Gesellschaft die Solidarität derer, die den Großteil der Staatsfinanzierung aufbringen, aufs Spiel setzen. Das kann keiner wollen.

- Wir sind bei der Steuerpolitik in einem Zwangsgeflecht von Abhängigkeiten:
  - Internationale Wettbewerbssituation, d.h. wir würden eine alte Diskussion wieder neu entfachen, die sich durch die moderate Steuerpolitik der letzten Jahre etwas beruhigt hat – eine Diskussion über die Abwanderung von Leistungsträgern und Unternehmen – das kann keiner wollen.
  - Verfassungsrechtliche und steuerrechtliche Voraussetzungen – das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber Schranken gesetzt für die Verfassungskonformität von Steuern – 50 v.H. geht maximal, ist aber schon sehr hoch.
  - Politische Voraussetzungen- es wäre sehr schwer, das durchzusetzen und würde die Republik spalten und in einen schweren Verteilungskonflikt stürzen.

Sämtliche sich aus der Verteilungs- und Steuerdiskussion ergebenden weiteren Diskussionspunkte will ich Ihnen heute ersparen, diese Diskussion, wer in welchem Maß für die Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben, nichts anderes sind staatliche Aufgaben, aufkommt, ist in vollem Gange und wird sicher im Hinblick auf die Bundestagswahl wieder Fahrt aufnehmen. Ich verhehle nicht, dass ich zu denen gehöre, die der Auffassung sind, dass es notwendig sein wird, über das Thema Steuern neu zu diskutieren, wenn die öffentlichen Haushalte wirklich dauerhaft saniert werden sollen und die öffentlichen Leistungen auf dem jetzigen Niveau gesichert werden sollen. Denn die Hochkonjunktur mit Rekordsteuereinnahmen wird nicht ewig anhalten und dann rutschen wir wieder in die Defizite. Aber wie gesagt, das ist ein anderes Thema.

- Aber die aus der ersten Frage entwickelte These, dass es eine Grenze für die Bereitschaft der Menschen gibt, Gemeinschaftsaufgaben über Steuern zu finanzieren, führt unmittelbar zu einer naheliegenden zweiten Frage, die

sich aus der Grundaussage von Laurence Summers ergeben könnte:  
Muss es denn immer staatliches Handeln sein, das Defizite bearbeitet ?  
Können/ sollen nicht auch Bürgerinnen und Bürger selbst aktiv werden und quasi nicht den „Stellvertreter“ Staat beauftragen, sondern mit ihrem Geld, ihrem Können und ihrer Kraft gute Entwicklungen fördern und schlechte Entwicklungen versuchen, aufzuhalten und umzudrehen ?

Lassen Sie mich als einer der lokalen Stellvertreter des Staates, in diesem Fall der kommunalen Ebene, kurz und thesenartig dazu Stellung nehmen:

Die Antwort muss aus meiner Sicht ganz klar sein, wir brauchen beides !

Erstens zum Teil höhere Steuern und vermehrte Staatsaktivität, weil nur der Staat, also Bund, Land und Kommunen als gemeinschaftlich und flächendeckend organisierte Vertretung der Gesellschaft, d.h. seiner Bürgerinnen und Bürger, dazu in der Lage ist und in der Demokratie das Mandat hierzu durch Wahlen erwirbt. Weil in vielen Fällen nur staatliches Handeln die Professionalität, Fachlichkeit und demokratisch definierte Gerechtigkeit bietet, die dazu nötig ist. Ich will als Beispiele nur die Bereiche der Jugendhilfe und der öffentlichen Sicherheit nennen.

Aber unser Staat kann eben nicht alles, auch wir Kommunen nicht. Wir brauchen ergänzend, treibend und befruchtend privates Geld und Engagement, um unsere drängenden Herausforderungen zu lösen. Warum ?

- Selbst, wenn wir das notwendige Geld über Steuern erheben könnten, würde dies bedeuten, dass wir unsere Institutionen quantitativ deutlich ausweiten müssten, personell (allein schon aufgrund der Qualifikationen schwierig) und organisatorisch. Das alles ist machbar, wir haben einen leistungsfähigen Staat, leistungsfähige Verwaltungen, leistungsfähige Kommunen (auch hier in Nürnberg), aber dies wäre nur bis zu einem bestimmten Punkt machbar, ein sog. „Overstretch“, d.h. eine Überforderung wäre denkbar. Wir stellen heute schon fest, dass Behörden und Unternehmen, wenn sie zu groß werden, schlecht steuerbar, unflexibel und nicht mehr so innovativ sind. D.h. wir würden uns vielleicht mit der Größe übernehmen, unflexibel werden, kaum mehr führbar sein.

- Aber und das ist das Entscheidende: wir würden uns weiter auf den eingeschlagenen staatlichen Pfaden bewegen. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: wir haben innovative, flexible Verwaltungen, nicht immer, aber in der Regel. Und trotzdem, das wissen wir alle, privates Engagement ist anders, nicht immer besser, aber eben anders und das ist gut so. Es gibt unzählige Beispiele für das andere Herangehen von privaten Stiftern, Spendern und Aktivisten, angefangen von Bill Gates und seiner Initiative gegen Aids bis hin zu unseren lokalen Stiftern. Die Initiative Mubikin wird oft zitiert, ist aber tatsächlich im Moment vielleicht das leuchtendste Beispiel, da ist was in Gang gekommen, durch den Willen eines Treibers. Alle bewegen sich plötzlich, es gehen Dinge, die Jahrzehnte nicht denkbar waren. Also: Private gehen das anders an und das ist gut so.

Und weil auch wir staatlichen Akteure das wissen, unsere Grenzen kennen und die Chancen sehen, die privates Engagement bietet, deshalb plädieren wir hier in Nürnberg für ein Nebeneinander eines starken, aktiven Staates, vertreten durch eine von einem breiten Konsens unserer Bürgerschaft verankerte Kommune wie die Stadt Nürnberg und auch den Freistaat Bayern und den Bund. Und deshalb werben wir gemeinsam für eine Stärkung privaten Engagements über Stiftungen, Spenden und auch direktes Handeln.

Weil, gemessen an den Grenzen der Akzeptanz und der Möglichkeiten staatlichen Handelns, in Deutschland noch unendlich viel Potential für privates Handeln ist. Wie sehen die Zahlen aus ?

- 1) Wir haben in Deutschland insgesamt ca. 10 Bill. € privates Nettoimmobilien- und Geldvermögen, davon 4,7 Bill. € privates Geldvermögen. Es werden nach allgemeinen Schätzungen jedes Jahr ca. 260 Mrd. € vererbt, das Erbschaftsteueraufkommen daraus beträgt knapp über 4 Mrd. €. Die Steuerquote liegt hier bei 2 %, das ist etwa 1 % des Gesamtsteueraufkommens. Ein Vergleich mit den USA: Dort kommen knapp 12 % aus Vermögenssteuern, bei uns ca. 5,5 %.
- 2) Wir haben dabei jedes Jahr ein Spendenaufkommen von geschätzten 3-4 Mrd. € für wohltätige Zwecke und nach inoffiziellen Schätzungen sind ca. 100 Mrd. € in wohltätigem Stiftungskapital gebunden. Die Kluft zwischen dem privaten Gesamtvermögen und dem, was dann auch gespendet

oder gestiftet wird, ist ziemlich groß. Sie werden mir zustimmen, da ist noch Luft nach oben beim privaten Engagement. Wir haben mal ausgerechnet, dass allein hier in Nürnberg, wenn 1 % des in 10 Jahren vererbten Vermögens gestiftet werden würde, wir 300 Mio. € für gute Zwecke zur Verfügung hätten. Bei einer Durchschnittsverzinsung von 4 % (aktueller Wert der Stiftungsverwaltung) wären das 12 Mio. € jedes Jahr, die zur Verfügung stünden, das vierfache der aktuellen kommunalen Stiftungen.

Warum geht das nicht so einfach bei uns hier:

- Tief sitzende Einstellungen wie die, da hat der Staat für zu sorgen, dem man sowieso schon genug Steuern zahlt – wenn die nicht so viel verschwenden würden, dann könnten sie es besser einsetzen. Da geht es um das Gefühl der vermuteten Ineffizienz im staatlichen Handeln, d.h. man will der Organisation, der man effizientes Handeln sowieso nicht zutraut, nicht noch mehr Geld zur Verfügung stellen.
- Unwissen über die Möglichkeiten von Stiftungen und über die Wirkungen von Stiftungen (auch persönlich) – da arbeiten wir dran, dass es mehr werden, die das wissen.
- Unsicherheit, ob das wirklich angepackt werden soll und ob das nicht zu viel Verantwortung ist. Nicht jeder kann und will sich das antun, eine eigene Stiftung zu gründen und zu verwalten. Oder es fehlt das Vertrauen in jemand, der einem das gut organisiert. Deswegen wollen wir es ja schaffen, dass wir mit der Stifterinitiative für jeden das passgenaue Angebot bieten können.

Der heutige Tag soll helfen, dieses Thema voranzubringen hier in Nürnberg. Unser Traum ist eine neue Stifterbewegung, getragen aus der Bürgerschaft und unserer Mittelschicht,

- in der es selbstverständlich ist, einen gewissen Prozentsatz jedes Jahr zu stiften oder zu spenden.
- in der wir gegenseitig voneinander erwarten, dass wir was tun und in der man mit Stiften und Spenden genauso glänzen kann wie mit dem neuen Auto.
- in der wir genügend Möglichkeiten, Informationen, Unterstützung zu bieten in der Lage sind, um all denen Hilfe zu geben, die was tun wollen in unserer Stadt.

Deswegen unser Nürnberger Appell für heute Abend. Ich danke Ihnen für ihr Kommen. Den Mitstreitern in der Stifterinitiative für die Zusammenarbeit. Ich freue mich auf den Stiftertag und seine Ergebnisse !